

**Dringliche Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:
«Corona-Krise: Mietzinserlass für das Gewerbe**

Mietzinsreduktion und -erlass für Gewerbetreibende waren an der Sondersession der Eidgenössischen Räte ein wichtiges Thema. Leider konnten sich die zwei Räte nicht einigen: Das Thema bleibt darum bis zur Sommersession 2020 aufgeschoben. Für die Betroffenen sind aber rasche Lösungen notwendig; Kantone, Gemeinden und private Vermieterinnen und Vermieter sind gefordert, dem Gewerbe bei den Geschäftsmieten entgegenzukommen.

Stadt und Kanton Zürich gehen mit gutem Beispiel voran und appellieren an private Vermieterinnen und Vermieter, es ihnen gleichzutun. Der Stadtrat von Rapperswil-Jona gewährt Gewerbetreibenden, die aufgrund von Corona ihre Geschäfte schliessen müssen, eine Mietzinsreduktion von fünfzig Prozent. Auch die Stadt St.Gallen kommt den in Not geratenen Fachgeschäften entgegen und möchte mit ihrer Vorbildfunktion auch private Vermieter zum Mietzinserlass ermutigen. Mittlerweile haben auch die Migros, die Valiant-Bank und weitere private Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer kommuniziert, dass sie bedrängten Gewerbebetrieben Mieterlasse gewähren werden. Stefan Schäfer, Geschäftsführer der St.Galler Pensionskasse (SGPK), will sich noch nicht festlegen. Im St.Galler Tagblatt vom 16. April 2020 wird er folgendermassen zitiert: «Die SGPK ist durchaus bereit, Betrieben mit Mietreduktionen entgegenzukommen. Wir haben ein Interesse daran, dass unsere Mieter langfristig erfolgreich sind. Die Ausfälle, die der SGPK mit einer Reduktion für Geschäftsmieter entstünden, sind zwar schwer zu beziffern. Die Renten wären davon nicht betroffen.»

Nachdem mehrere St.Galler Gemeinden und auch private Vermieterinnen und Vermieter verantwortungsbewusst und solidarisch in Bedrängnis geratenen Mieterinnen und Mietern die Mietzinse stunden, reduzieren oder gar erlassen, sehen wir auch den Kanton in der Pflicht. Es stünde St.Gallen und den angegliederten Institutionen, wie auch den bedeutenden «kantonsnahen» Immobilienbesitzerinnen und -besitzern SGPK und SGKB gut an, sich dieser Thematik schnell anzunehmen. Vielleicht sind ja erste Schritte bereits erfolgt.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Zu welchem Entgegenkommen gegenüber bedrängten Mieterinnen und Mietern sind Kanton, SGPK und SGKB bereit? Was ist bereits geplant, beschlossen oder schon umgesetzt?
2. Ist die Regierung bereit, alle Vermieterinnen und Vermieter von Geschäftslokalen aufzurufen, den Mieterinnen und Mietern bedarfsgerecht und solidarisch entgegenzukommen?
3. Unterstützt die Regierung den neuen Vorschlag der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N), dass Geschäftsmieten während der vom Bundesrat verordneten Zeit der Zwangsschliessung bis zu einer Monatsmiete von Fr. 20'000.– nur zu 40 Prozent geschuldet sind? Diese Lösung würde Rechtssicherheit schaffen und eine Konkurswelle stark abschwächen. Die meisten Vermieterinnen und Vermieter blicken auf rentable Jahre zurück und könnten diese befristeten Ertragsausfälle problemlos verkraften. Für einzelne (Klein-)Vermieter könnte eine Härtefallklausel vorgesehen werden.
4. Sieht die Regierung weitere Unterstützungsmöglichkeiten bzw. weiteren Handlungsbedarf?»